

Vielen Dank für Ihr Interesse an unseren juristischen Fachbüchern.

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie einen Auszug Ihres gewünschten JVP-Exemplars als Leseprobe.

Sie können die komplette Ausgabe jederzeit direkt „online“ unter **www.jvpegnitz.de**, per Fax oder Telefon bestellen.

Juristischer Verlag Pegnitz

Lohestraße 17

D - 91257 Pegnitz

Telefon: +49 - (0)9241 / 8091-0

Telefax: +49 - (0)9241 / 8091-21

E-Mail: info@jvpegnitz.de

Internet: <http://www.jvpegnitz.de>

Bayerische Justizverwaltungsvorschriften für die Geschäftsstelle – VSJu –

**herausgegeben von
Oberamtsrat Helmut Höb †
und Regierungsdirektor a. D. Werner Schaller**

unter Mitwirkung von

Justizverwaltungsinspektor Johann Post, Oberlandesgericht Bamberg
Regierungsamtmann Josef Koller, Staatsm. d. Justiz u. f. Verbraucherschutz
Rechtspflegeamt Lorenz Meier, Landgericht Bayreuth
Justizverwaltungsobersinspektor Reinhard Schatzl, Landgericht Traunstein
Rechtspflegeamt Walter Kral, Fachhochschule Starnberg
Justizverwaltungsamtmann Gerhard Götz, Oberlandesgericht Nürnberg
– Reisekostenst. Weiden –
Rechtspflegeamtsrätin Silvia Eger, Bay. Justizschule Pegnitz

Juristischer Verlag Pegnitz GmbH

Das Werk wurde unter Wahrung größtmöglicher Sorgfalt durch Bearbeiter und Verlag zusammengestellt. Gleichwohl können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Für unvollständige oder sonstige unrichtige Ergebnisse kann daher nicht gehaftet werden.

Schadensersatzansprüche jeglicher Art, sei es aus positiver Vertragsverletzung, Verschulden bei Vertragsschluss oder unerlaubter Handlung, etc. sind sowohl dem Verlag gegenüber als auch den Bearbeitern sowie deren Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen gegenüber ausgeschlossen.

17. Auflage
2011

Alle Rechte vorbehalten

Juristischer Verlag Pegnitz GmbH
Lohestraße 17, 91257 Pegnitz

Alle Rechte, die teilweise Reproduktion, der auszugsweise Abdruck und Sonderrechte, wie die fotomechanische Vervielfältigung, sind dem Verlag vorbehalten.

Vorwort

Die Bayer. Justizverwaltungsvorschriften für die Geschäftsstelle – VSJu – enthalten im Loseblatt-System eine nach Sachgebieten geordnete Zusammenstellung von Vorschriften, deren Auswahl nach dem Lehrplan der Bayer. Justizschule Pegnitz und nach den Bedürfnissen in den Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften vorgenommen wurde.

Ergänzend zu den Gesetzen und Bekanntmachungen wurden auch Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz (JMS) aufgenommen.

Die Vorschriftensammlung ist daher für die Ausbildung des mittleren Justizdienstes und als Nachschlagewerk für die Praxis ausgelegt und wird durch Ergänzungslieferungen forthin auf dem neuesten Stand gehalten.

Nachdem für umfangreiche Vorschriften wie AktO, AGO, MiZi, RiStBV, MiStra usw. die amtlichen Stichwortverzeichnisse bereits vorhanden sind, wurde zunächst auf ein Gesamtstichwortverzeichnis verzichtet. Zum schnellen Auffinden von Einzelschriften dient anliegende systematische und alphabetische Schnellübersicht.

Hinweise auf unvermeidliche Druckfehler sowie Anregungen und Wünsche, die den Inhalt und die Ausgestaltung dieser Sammlung betreffen, nehmen die Herausgeber gerne entgegen.

Die Herausgeber

Pegnitz, Februar 2005

Alphabetisches Stichwortverzeichnis

A

Abschaffung und Einziehung von Gerichtskostenmarken im Zusammenhang mit der Umstellung der Deutschen Mark auf Euro sowie Aufhebung der Justizkostenmarkenordnung	802
Abschriften	
Erteilung von Abschriften des Hauptverhandlungsprotokolls in Strafverfahren an den Verteidiger	828-2
AGO	102
Aktenordnung (AktO)	101
Aktenversendungspauschale;	
hier: Übersendung von Akten an die Ämter für Versorgung und Familienförderung	831-1
Aktenversendungspauschale	
Neuregelung	831-2
Neuregelung der Aktenversendungspauschale durch das Kostenrechtsänderungsgesetz 1994; hier: Pauschale bei Aktenversendung an Pflichtverteidiger	831-4
gemäß Nr. 9003 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskosten-gesetz (KV-GKG) bzw. § 137 Abs. 1 Nr. 4 KostO	831-5
Aktenumschlag	
Archivsachen- und Ausscheidungsvermerke auf dem Aktenumschlag gem. § 3 Abs. 6 AktO	101-22
Allgemeine Verfügung über Einrichtung und Führung des Handelsregisters	701
Allgemeine Geschäftsordnung (AGO)	102
Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern (AGO)	102-2
Annahme, Nachweis v. Geld-, Wert- u. Einschreibesendungen	853-1
Behandlung übersandter Schecks und Überweisungsaufträge	
Annahme von Geldstrafen	827
Bekanntmachung über die Annahme von Geldstrafen durch Bedienstete der Justizvollzugsanstalten	
Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi)	202

Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) Sondervorschriften für Bayern	202-1
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik)	203
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik)	204
Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra)	303
Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra); hier: Nr. 12a Abs. 2 MiStra	303-1
Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen; hier: Nr. 12a Abs. 2 MiStra	303-3
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik)	304
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten bei den Staats- und Anwaltschaften (StA-Statistik)	306
Anordnung über Organisation und Dienstbetrieb der Staatsanwalt- schaften (OrgStA)	308
Arbeitszeitverordnung	110
Archivgut	
Archivsachen- und Ausscheidungsvermerke auf dem Aktenum- schlag gem. § 3 Abs. 6 AktO	101-22
Arzneimittelrecht	
Einziehung der Kosten bei rechtskräftiger Verurteilung nach dem Lebensmittel- und Arzneimittelrecht – zu KV Nr. 1913 GKG	828-5
Asservatenbehandlung	
Leitfaden der bayerischen Staatsanwaltschaften	320
Aufbewahren der Spruchkammerakten	105-2
Aufbewahrung und Löschung von Protokollaufzeichnungen mit Ton- trägern in Rechtshilfesachen	205
Aufbewahrungsverordnung	104
Aufbewahrungsbestimmungen – Bestimmungen über die Aufbe- wahrungsfristen für das Schriftgut in Justizverwaltungssachen (AufbewahrungsbestimmungenJV - AufbewBestJV)	105
Aufbewahrung polizeilicher Tonbandprotokolle	301-2

Aufbewahrung, Verwertung und Vernichtung sichergestellter oder beschlagnahmter oder eingezogener explosionsgefährlicher Stoffe	105-3
Auferlegung von Gutachterkosten bei gerichtlichen Entscheidungen über die Fortdauer des Maßregelvollzugs	305-4
Aufhebung der Justizkostenmarkenordnung im Land Bremen	802-4
Aufrechnung mit Steuererstattungsansprüchen bei der Einziehung von Gerichtskosten und Geldstrafen (Geldbußen)	828-16
Ausführungsgesetz zum GVG	140
Ausfertigungen (= Vereinfachtes Kosteneinziehungsverfahren)	
Auslagen	
hier: Aktenversendungspauschale gemäß Nr. 9003 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (KV-GKG) bzw. § 137 Abs. 1 Nr. 4 KostO	831-5
Auslagen	
Behandlung der Auslagen, die der Polizei in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren entstehen (VormerkR-Pol)	824
Auslagen	
Erstattung von Auslagen, die den Polizeibehörden anlässlich der Abholung von Verfolgten im Ausland entstehen	824-1
Auslagen	
Behandlung der Auslagen, die der Polizei in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren entstehen	824-6
Auslagen	
Erhebung von Kosten einer Zwangshaft, auch aufgrund eines Haftbefehls nach § 901 ZPO (Nr. 9010 KV-GKG)	821-4
Auslagen der Gerichtsvollzieher und der Polizei bei der Sicherstellung von Vermögensgegenständen im Rahmen der Gewinnabschöpfung	824-3
Auslagen in Strafsachen	
Auferlegung von Gutachterkosten bei gerichtlichen Entscheidungen über die Fortdauer des Maßregelvollzugs	305-4
Ausländer	
Übersetzung von Urteilen in Strafverfahren mit Ausländern	828-9
Ausländer	
Mitteilungen in Strafsachen gegen Ausländer (Nr. 42 MiStra)	303-4

Aussonderungsbekanntmachung Justiz	
Aussonderung, Anbietung, Übernahme und Vernichtung von Unterlagen im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsminis- teriums der Justiz (Aussonderungsbekanntmachung Justiz)	106
Auszug aus dem Einkommensteuergesetz	
hier: § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 5 Satz 2	843-1

B

Bareinzahlungen	
Bekanntmachung über die Annahme von Bareinzahlungen sowie Annahme und Nachweis von Geld-, Wert- und Einschreibesendungen	865
Bayerisches Beamtengesetz (BayBG)	130
Bayerisches Disziplinargesetz (BayDG)	135
Bayerisches Schlichtungsgesetz (BaySchlG)	240
Beamtenstatusgesetz (BeamtStG)	120
Behandlung der Kostenmitteilungen von Wirtschaftsfachkräften der StA	801-9
Behandlung von Wiederholungsanträgen zu § 29a AktO	101-3
Behandlung von Kleinbeträgen gegenüber juristischen Personen des öffentlichen Rechts gem. VV Nr. 2.6.2 zu Art. 59 BayHO (JMS v. 9.10.74)	805-1
Behandlung von Kleinbeträgen gegenüber einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes	805-2
Behandlung der Auslagen, die der Polizei in Straf- und Ordnungs- widrigkeitenverfahren entstehen	824
Behandlung der Auslagen, die der Polizei in Straf- und Ordnungs- widrigkeitenverfahren entstehen	824-6
Behandlung übersandter Schecks und Überweisungsaufträge	853-1
Beitreibung von Kosten in Strafsachen durch die Staatsanwaltschaft; hier: nachträglicher Kostenabstand	801-8
Bekanntmachung gerichtlicher Veröffentlichungen	181
Bekanntmachung über das Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenke durch die Bediensteten des Freistaates Bayern durch das Bayer. Staatsministerium der Finanzen (VV-BeamtR) – Auszug –	131

Bekanntmachung über die Annahme von Geldstrafen durch Bedienstete der Justizvollzugsanstalten	827
Bekanntmachung über die Aussonderung, Anbieten, Übernahme und Vernichtung von Unterlagen im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz (Aussonderungsbekanntmachung Justiz)	106
Bekanntmachung über die Behandlung der in amtliche Verwahrung genommenen Gegenstände	107
Bekanntmachung über die Behandlung von kleinen Kostenbeträgen im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz	805
Bekanntmachung über die Bestimmung für die Verwendung von Gerichtskostenstemplern	804
Bekanntmachung über die Beschleunigung des Kostenansatzes und der Festsetzung von Kosten, Vergütungen und Entschädigungen	806
Bekanntmachung über die Einziehung von Haftkosten. Mitteilungspflichten der Justizvollzugsanstalten	821
Bekanntmachung über den Erlass von Gerichtskosten und anderen Justizverwaltungsabgaben	851-1
Bekanntmachung über die Erstattung der Kosten der Unterbringung von Personen in einer Heil- oder Pflegeanstalt, Trinkerheilanstalt oder Entziehungsanstalt aufgrund strafgerichtlicher Entscheidungen	823
Bekanntmachung über die Geschäftsanweisung in Zivilsachen	201
Bekanntmachung über die Gewährung von Reiseentschädigungen Anfall von Serviceentgelten der Deutschen Bahn AG beim Fahrkartenkauf; Erstattungspflicht des Kostenschuldners für die Serviceentgelte	808-1
Bekanntmachung über die Erteilung und die Entnahme von Abschriften oder Auszügen aus den Schuldnerverzeichnissen	901
Bekanntmachung über die Ausführung des § 10 der Allgemeinen Vorschriften über die Erteilung und die Entnahme von Abschriften oder Auszügen aus den Schuldnerverzeichnissen	902
Bekanntmachung über Aussetzung und Vernichtung von Akten	105-1
Bekanntmachung über die Abgabe von Archivgut an die Staatsarchive und Aussonderung des übrigen Schriftguts	106
Bekanntmachung über das Zustellungswesen in den Justizvollzugsanstalten	307-1

Bekanntmachung über Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Gerichtshilfe (BewHBek)	309
Bekanntmachung betreffend Verfügung über die grundbuchmäßige Behandlung der Wohnungseigentumssachen	404
Bekanntmachung über das Verfahren der Registergerichte im Falle des Ausschlusses oder der Einschränkung der Haftung bei Übergabe eines Handelsgeschäfts unter Lebenden (§ 25 Abs. 2 HGB) oder bei Eintritt einer Person als Gesellschafter oder Kommanditist in das Geschäft eines Einzelkaufmanns (§ 28 Abs. 2 HGB)	701-1
Bekanntmachung über die Einrichtung und Führung des Handelsregisters in Karteiform	702
Bekanntmachung über die Führung des Genossenschaftsregisters	711
Bekanntmachung über die Vereinbarung der Länder über die freizügige Verwendung von Gerichtskostenmarken und Abdrucken von Gerichtskostenstemplern hier: Aufhebung der Justizkostenmarkenordnungen im Land Bremen Benachrichtigung in Nachlasssachen	802-4
Bekanntmachung über die Vereinbarung der Länder über die freizügige Verwendung von Gerichtskostenmarken und Abdrucken von Gerichtskostenstemplern hier: Aufhebung der Justizkostenmarkenordnungen im Land Sachsen	802-5
Bekanntmachung über die Vereinbarung der Länder über die freizügige Verwendung von Gerichtskostenmarken und Abdrucken von Gerichtskostenstemplern vom 4. September 1995 (JMBI S. 171), geändert durch Bekanntmachung vom 8. November 2006 (JMBI S. 183); hier: Ungültigkeitserklärung von Justizkostenmarken in Hamburg hier: Ungültigkeitserklärung von Justizkostenmarken in Nordrhein-Westfalen	802-6 802-7
Benachrichtigung in Nachlasssachen Gemeinsame Bekanntmachung über die Benachrichtigung in Nachlasssachen	603

Bereithaltung und Abgabe von Vordrucken für Anträge auf Erlass eines Mahnbescheides	101-9
Bergwerkseigentum	
VO über die grundbuchmäßige Behandlung von Bergwerkseigentum und von Fischereirechten	407
Berufungssachen	
Kostenansatz in Berufungssachen	801-1
Bestimmungen für die Erteilung von Kassenanordnungen im automatisierten Buchführungsverfahren der Staatskassen (EDV-Bestimmungen-Kasse-EDVBK)	855
Bestimmungen für die Verwendung von Gebührenstemplern bei den Gerichtszahlstellen und Geldannahmestellen (Geb-Stempler-Best)	803
Bestimmungen über die Aufbewahrungsfristen für das Schriftgut in Justizverwaltungssachen (AufbewahrungsbestimmungenJV - AufbewBestJV)	105
Bestimmung von Vollstreckungsbehörden nach der Justizbeitragsordnung	833-1
Betreuungsverfahren	
hier: statistische Erhebung	101-23
Bewährungshilfe	
Bekanntmachung über Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Gerichtshilfe (BewHBek)	309
Bewährungshilfe	
Dienstvereinbarung über die Einführung und Anwendung von IT-Verfahren für die Bewährungshilfe im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	175
Bewährungshilfe und Führungsaufsicht; hier: Blutproben bei suchgefährdeten Probanden aufgrund gerichtlicher Weisung	828-13
Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	
Geschäftsanweisung für die Geschäftsstellen der Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzverfahren (GAbRZWIns)	201
Bundesnotarordnung (BNotO) – Auszug –	640
Bundesreisekostengesetz (BRKG)	843

Bundeswehr	
Zustellungen, Ladungen, Vorführungen und Zwangsvollstreckungen in der Bundeswehr	111
Bundeszentralregistergesetz	
Geschäftliche Behandlung der Angelegenheiten nach §§ 30 und 42 Bundeszentralregistergesetz (BZRG)	101-14

D

Datenschutz	
Einsicht der Sozialhilfeverwaltung in Nachlassakten und Datenschutz	610-1
Datenschutz	
Vollzug des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG); hier: Versendung von Abgabennachrichten	102-1
DIAPERS.GX Personal- und Stellenverwaltungssystem	160
Dienstaufsicht	
Ausübung der Dienstaufsicht über die Gerichte und Staatsanwaltschaften	310
Dienstreisen	
hier: Anhebung der Wegstreckenentschädigung des Art. 6 BayRKG	824-16
Dienstvereinbarung über die Einführung, Anwendung und erhebliche Änderungen des Justizverwaltungsportals im Bayerischen Staatsministerium der Justiz sowie bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in dessen Geschäftsbereich	155
Dienstvereinbarung über die Einführung, Anwendung und erhebliche Änderungen des Personal- und Stellenverwaltungssystems DIAPERS.GX im Bayerischen Staatsministerium der Justiz sowie bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in dessen Geschäftsbereich	160
Dienstvereinbarung über die Einführung, Anwendung und erhebliche Änderung des Fachverfahrens forumSTAR samt Textsystem bei den Gerichten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz	170
Dienstvereinbarung über die Einführung und Anwendung des Statistikmoduls im Fachverfahren RegisSTAR bei den Registergerichten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz	165
Dienstvereinbarung über die Einführung und Anwendung von IT-Verfahren für die Bewährungshilfe im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	175

Diplomaten	
Zustellung von Schriftstücken an Diplomaten oder andere von der inländischen Gerichtsbarkeit befreite Personen	301-3
Disziplinalgesetz, Bayerisches (BayDG)	135
Durchführungsbestimmung zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe und zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH)	807

E

EDV-Geldstrafenvollstreckung	
Zuständigkeiten und Verfahren für Bewilligung von Zahlungserleichterungen in EDV-Geldstrafenvollstreckung	828-11
EDVBK	
Bestimmungen für die Erteilung von Kassenanordnungen im automatisierten Buchführungsverfahren der Staatskassen (EDV-Bestimmungen-Kasse-EDVBK)	855
Eigengelder	
Inanspruchnahme (Pfändung) von Geldern der Gefangenen für Gerichtskosten, Geldstrafen und justizfremde Forderungen	801-11
Einführung, Anwendung und erhebliche Änderung des Fachverfahrens forumSTAR samt Textsystem bei den Gerichten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz	170
Einführung, Anwendung und erhebliche Änderungen des Justizverwaltungsportals im Bayerischen Staatsministerium der Justiz sowie bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in dessen Geschäftsbereich	155
Einführung, Anwendung und erhebliche Änderungen des Personal- und Stellenverwaltungssystems DIAPERS.GX im Bayerischen Staatsministerium der Justiz sowie bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften	160
Einführung und Anwendung des Statistikmoduls im Fachverfahren RegisSTAR bei den Registergerichten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz	165
Einführung und Anwendung von IT-Verfahren für die Bewährungshilfe im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	175
Einführung der Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (EBek MiZi)	202
Einrichtung und Führung des Partnerschaftsregisters in Karteiform	720
Einsicht der Sozialhilfeverwaltung in Nachlassakten und Datenschutz	610-1

Einsicht in die Verzeichnisse der Grundbuchämter nach § 21 Abs. 8 und 9 Aktenordnung durch Dritte	410
Eintragung inhaftierter Schuldner in das Schuldnerverzeichnis; hier: Vollzug des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG)	904
Einziehung kleiner Kostenbeträge, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts geschuldet werden	805-3
Einziehung der Kosten bei rechtskräftiger Verurteilung nach dem Lebensmittel- und Arzneimittelrecht – zu KV Nr. 1913 GKG	828-5
Einziehung der Kosten des Erzwingungshaftverfahrens nach dem OWiG	828-6
Einziehung und Erhebung isolierter Gerichtskosten in Strafsachen durch die Staatsanwaltschaft	801-8
Einziehung von Gerichtskosten aus Verfahren an denen der Freistaat Bayern als Partei beteiligt ist	851-3
Elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Verfahren	180
Elektronische Aktenführung und das Übertragen und Vernichten von Papierdokumenten	182
Entgegennahme von Sicherheiten nach §§ 116, 116a StPO außerhalb der allgemeinen Dienstzeiten	828-4
Entrichtung der Postentgelte (Bay PostEntR)	108
Entziehungsanstalt	
Bekanntmachung über die Erstattung der Kosten der Unterbringung von Personen in einer Heil- oder Pflegeanstalt, Trinkerheilanstalt oder Entziehungsanstalt aufgrund strafgerichtlicher Entscheidungen	823
E-Rechtsverkehrsverordnung – ERVV	180
Ergänzende Bestimmungen zur StVollstrO	305-1
Ergänzende Bestimmungen zur Einforderungs- und Beitreibungsanordnung (ErgEBAO)	305-3
Ergänzungsbestimmungen zur Kostenverfügung (ErgKostVfg)	801
Erhebung und Einziehung isolierter Gerichtskosten in Strafsachen durch die Staatsanwaltschaft	801-8
Erhebung von Auslagen für Zustellungen durch Justizbedienstete nach § 168 Abs. 1 Satz 2 ZPO (Nr. 9002 Ziff. 2 KV-GKG, § 137 Abs. 1 Nr. 3 KostO)	101-26
Erhebung von Haftkostenbeiträgen als Teil der Kosten der Vollstreckung der Rechtsfolgen einer Tat	821-2
Erhebung von Kosten einer Zwangshaft, auch aufgrund eines Haftbefehls nach § 901 ZPO (Nr. 9010 KV-GKG)	821-4

Erhebung von Schreibaufgaben für die nach dem Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung zuständigen Behörden; hier: Kostenfreiheit	815-8
Erlass von Gerichtskosten oder anderen Justizverwaltungsabgaben und Vergleichsabschluss	851-2
Erlass von Gerichtskosten und andere Justizverwaltungsabgaben	851-1
Erläuterung zur Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen; hier: Nr. 12a Abs. 2 MiStra	303-2
Errichtung einer Schlichtungsstelle in Zivilsachen	240
Ersatz von Fahrtkosten zum Antritt des Jugendarrestes bei mittellosen Verurteilten	808-3
Erstattung von Aufwendungen der Sachverständigen für Lichtbilder	840-1
Erstattung von Auslagen, die den Polizeibehörden anlässlich der Abholung von Verfolgten im Ausland entstehen	824-1
Erteilung von Abschriften des Hauptverhandlungsprotokolls in Strafverfahren an den Verteidiger	828-2

F

Fachlaufbahnen	
Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen (Leistungslaufbahngesetz – LibG)	132
Fahrtkostenzuschuss für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte	824-15
Fahrzeugverwahrung	
VO zur Änderung der Gebührenordnung zur Fahrzeugverwahrung	824-5
Familienpflege	
Vollzug der Aktenordnung; hier: geschäftliche Behandlung der Verfahren nach § 1630 Abs. 3 BGB	101-12
Feiertagsgesetz	
Gesetz über den Schutz der Feiertage (FTG)	109
Festsetzung der Vergütung für Rechtsanwälte	
Festsetzung der aus der Staatskasse zu gewährenden Vergütung der Rechtsanwälte	807-1

Fischereirechte	
VO über die grundbuchmäßige Behandlung von Bergwerkseigentum und von Fischereirechten	407
Flurbereinigung	
Gemeinsame Bekanntmachung über Flurbereinigung und Grundbuchverfahren vom 12.8.1981	406
forumSTAR	
Fachverfahren forumSTAR samt Textsystem	170
Freizügige Verwendung von Gerichtskostenmarken und Abdrucken von Gerichtskostenstemplern	802-2
Führungsaufsicht	
Bekanntmachung über Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Gerichtshilfe (BewHBek)	309
Führung des Vollstreckungsregisters	101-7

G

Gebühren für Abschriften und Ausdrücke aus den bei den Amtsgerichten geführten Registern (insbesondere Handelsregister), die von Gewerbeämtern beantragt werden	704-2
Gebühren für Abschriften und Ausdrücke insbesondere aus dem Handelsregister	815-10
Gebührenfreiheit für die Landratsämter als Staatsbehörden bei Beantragung von Abschriften aus dem Handelsregister, von Abschriften der Vermögensverzeichnisse und von ähnlichen Geschäften	815-2
Gebühren für die Erteilung von Ausdrücken aus dem maschinell geführten Registern	704-3
Gefangene	
Inanspruchnahme (Pfändung) von Geldern der Gefangenen für Gerichtskosten, Geldstrafen und justizfremde Forderungen	801-11
Geltendmachung von Polizeikosten im Straf- und Bußgeldverfahren; hier: Erhebung der Kosten für Drogen <u>u</u> ortests	824-7
Gemeinsame Bekanntmachung über die Eintragung der Änderung von Hausnummern und Straßenbenennungen im Grundbuch und im Kataster	402-1

Gemeinsame Bekanntmachung über die Übernahme von Veränderungen in der Lagebezeichnung von Straßenflurstücken in das Liegenschaftskataster und in das Grundbuch vom 30.9.1980	405
Gemeinsame Bekanntmachung über Flurbereinigung und Grundbuchverfahren vom 12.8.1981	406
Gemeinsame Bekanntmachung über die Benachrichtigung in Nachlasssachen	603
Genossenschaftsregisterverordnung	
Verordnung über das Genossenschaftsregister	710
Gemeinsame Bek über die Beantragung von Grundbuchblattabschriften	402-2
Genossenschaftsregister	
Bekanntmachung über die Führung des Genossenschaftsregisters	711
Gerichtshilfe	
Bekanntmachung über Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Gerichtshilfe (BewHBek)	309
Gerichtskostenerlass oder andere Justizverwaltungsabgaben und Vergleichsabschluss	851-2
Gerichtskostenerlass und andere Justizverwaltungsabgaben	851-1
Gerichtskostenforderungen	
Verwertung unbefristet niedergeschlagener oder niederzuschlagender Gerichtskostenforderungen	801-10
Gerichtskostenmarken	
Freizügige Verwendung von Gerichtskostenmarken und Abdrucken von Gerichtskostenstemplern	802-2
Gerichtskostenstempler/Gerichtskostenmarken	
Bekanntmachung über die Vereinbarung der Länder über die freizügige Verwendung von Gerichtskostenmarken und Abdrucken von Gerichtskostenstemplern vom 4. September 1995 (JMBl S. 171), geändert durch Bekanntmachung vom 8. November 2006 (JMBl S. 183); hier: Ungültigkeitserklärung von Justizkostenmarken in Nordrhein-Westfalen	802-7
Gerichtskostenstempler	
Bekanntmachung über die Bestimmung für die Verwendung von Gerichtskostenstemplern	804

Gerichtskostenstempler	
Freizügige Verwendung von Gerichtskostenmarken und Abdrucken von Gerichtskostenstemplern	802-2
Gerichtsorganisationsgesetz (GerOrgG)	112
Geschäftliche Behandlung der Angelegenheiten nach §§ 30 und 42 Bundeszentralregistergesetz (BZRG)	101-14
Geschäftsanweisung für die Behandlung der Grundbuchsachen (GBGA)	403
Geschäftsanweisung für die Geschäftsstellen der Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzverfahren (GAbRZWIns)	201
Geschäftsstellenverordnung	
Verordnung über die Geschäftsstellen der Gerichte und der Staatsanwaltschaften	103
Gesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage (FTG)	109
Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG)	260
Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen (Leistungslaufbahngesetz – LlbG)	132
Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder (NEhelG)	605
Gesetz über Kosten im Bereich der Justizverwaltung (Landesjustizkostengesetz – LJKostG)	830
Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (AGGVG)	140
Gesetz zur Ausführung des Verbraucher-Insolvenzverfahrens nach der Insolvenzverordnung (AGInsO)	940
Gesetz zur Neuordnung der Gebühren in Handels-, Partnerschafts- und Genossenschaftsregistersachen (Handelsregistergebühren-Neuordnungsgesetz – HRegGebNeuOG); hier: Festlegung der Gebühren in der Handelsregistergebührenverordnung	704-1
Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung in Zivilsachen (BaySchlG)	240
Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (BeamStG)	120

Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (Gewaltschutzgesetz – GewSchG)	250
Gewährung von Reiseentschädigungen	808
Gewährung von Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschusszahlungen für Reiseentschädigungen an Zeugen, Sach- verständige, Dolmetscher, Übersetzer, ehrenamtliche Richter und Dritte; Anfall von Serviceentgelten der Deutschen Bahn AG beim Fahrkartenkauf; Erstattungspflicht des Kostenschuldners für die Serviceentgelte	808-1
Gewährung von Reiseentschädigungen an mittellose Personen und von Vorschusszahlungen an Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher, Übersetzer, ehrenamtliche Richter und Dritte hier: Anwendbarkeit in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	808-2
Gnadenordnung Vollzug der Bayerischen Gnadenordnung	101-4
Grundbuchämter Einsicht in die Verzeichnisse der Grundbuchämter nach § 21 Abs. 8 u. 9 Aktenordnung durch Dritte	410
Grundbucheinsicht durch Behörden der Sozialhilfeverwaltung gemäß § 132 GBO	410-1
Grundbuchverfügung Verordnung zur Durchführung der Grundbuchordnung (Grundbuchverfügung – GBV)	402
Grundbuchblattabschriften Gemeinsame Bek über die Beantragung von Grundbuchblattab- schriften	402-2
Grundbuchgeschäftsanweisung Geschäftsanweisung für die Behandlung der Grundbuchsachen (GBGA)	403
Güterrechtsregister Bestimmung über das Vereins- u. Güterrechtsregister	715

H

Haftkosten	
Bekanntmachung über die Einziehung von Haftkosten. Mitteilungspflichtigen der Justizvollzugsanstalten	821
Haftkostenbeitrag im Kalenderjahr 2013 gem. Art. 49 Abs. 2 BayStVollzG; hier: Feststellung des Betrages der gemäß § 17 Abs. 1 Nr. 4 SGB IV bewerteten Sachbezüge für das Kalenderjahr 2013	821-1
Haftungsausschluss b. Übergabe e. Handelsgeschäftes	
Bekanntmachung über das Verfahren der Registergerichte im Falle des Ausschlusses oder der Einschränkung der Haftung bei Übergabe eines Handelsgeschäfts unter Lebenden (§ 25 Abs. 2 HGB) oder bei Eintritt einer Person als Gesellschafter oder Kommanditist in das Geschäft eines Einzelkaufmanns (§ 28 Abs. 2 HGB)	701-1
Handelsregistergebührenverordnung	
Verordnung über Gebühren in Handels-, Partnerschafts- und Genossenschaftsregistersachen (Handelsregistergebührenverordnung - HRegGebV)	704
Handelsregisterverfügung	
Allgemeine Verfügung über Einrichtung und Führung des Handelsregisters	701
Handelsregistersachen;	701-1
hier: Aufbewahrungsfristen	
Hauptverhandlungsprotokoll	
Erteilung von Abschriften des Hauptverhandlungsprotokolls in Strafverfahren an den Verteidiger	828-2
Hausnummern	
Gemeinsame Bekanntmachung über die Eintragungen der Änderung von Hausnummern und Straßenbenennungen im Grundbuch und im Kataster	402-1
Hilfsmittel für die Anstellungsprüfung für den mittleren Justizdienst (Hilfsmittelbekanntmachung mJD)	150-1
Hinterlegung von Sicherheiten in barem Geld gemäß §§ 127a, 132 StPO	828-3

I

Illegale Beschäftigung	
Erhebung von Schreibauslagen für die nach dem Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung zuständigen Behörden; hier: Kostenfreiheit	815-8
Inanspruchnahme (Pfändung) von Geldern der Gefangenen für Gerichtskosten, Geldstrafen und justizfremde Forderungen	801-11
Institut für Rechtsvergleichung	
Übersendung von Aktenstücken an das Institut für Rechtsvergleichung an der Universität München	831-3
IT-Verfahren	
Dienstvereinbarung über die Einführung und Anwendung von IT-Verfahren für die Bewährungshilfe im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	175
Insolvenzverfahren	
Geschäftsanweisung für die Geschäftsstellen der Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzverfahren (GAbRZwIns)	201

J

Jugendarrest	
Ersatz von Fahrtkosten zum Antritt des Jugendarrestes bei mittellosen Verurteilten	808-3
Jugendgerichtsgesetz	302
Justizbeitreibungsordnung	833
Justizbeitreibungsordnung	
Bestimmung von Vollstreckungsbehörden nach der Justizbeitreibungsordnung	833-1
Justiz-Kostenmarkenordnung (JKMO)	802
Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz	840-1
Justizverwaltungsabgaben und Vergleichsabschluss	851-2
– Erlass von Gerichtskosten –	
Justizverwaltungskostengesetz (JVKostG)	831
Justizvollzugsbestimmungen zu den Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung (JVB VV-BayHO)	854

K

Karteiform	
Bekanntmachung über die Einrichtung und Führung des Handelsregisters in Karteiform	702
Katasterfortführungsgebührengesetz (KatFortGebG)	835
Keine Übersetzung der Terminladung für ausländische Angeklagte und Zeugen in Straf- und OWi-Verfahren	828-15
Kleinbeträge	
Behandlung von Kleinbeträgen gegenüber juristischen Personen des öffentlichen Rechts gem. VV Nr. 2.6.2 zu Art. 59 BayHO (JMS v. 9.10.74)	805-1
Kleinbeträge	
Behandlung von Kleinbeträgen gegenüber einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes	805-2
Kleine Kostenbeträge	
Bekanntmachung über die Behandlung von kleinen Kostenbeträgen im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz	805
Kleine Kostenbeträge	
Einziehung kleiner Kostenbeträge, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts geschuldet werden	805-3
Kontrolle der Vermögensverwaltung in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	510
Kosten für Ablichtungen von Auskünften in Versorgungsausgleichsangelegenheiten	815-3
Kosten der Untersuchungshaft	821-3
Kostenabstand	
Beitreibung von Kosten in Strafsachen durch die Staatsanwaltschaft; hier: nachträglicher Kostenabstand	801-8
Kostenansatz	
Bekanntmachung über die Beschleunigung des Kostenansatzes und der Festsetzung von Kosten, Vergütungen und Entschädigungen	806
Kostenansatz	
Kostenansatz in Berufungssachen	801-1
Kostenansatz	
Kostenansatz in Verfahren vor einer Strafvollstreckungskammer	801-6

Kostenansatz bei Vormundschaften, Dauerbetreuungen und Dauerpflegschaften sowie in Unterbringungssachen	860
Kostenausgleich	
Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten	832
Kostenbefreiung für Versicherungsträger	815-4
Kostenbefreiung für Versicherungsträger	815-5
Kostenbefreiung nach § 64 Abs. 2 SGB X für gesetzliche Kranken- kassen und sonstige Sozialversicherungsträger bei der Erteilung von Abschriften aus Registern	815-6
Kostenfreiheit für Hochschulen und Universitätskliniken im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit	815-7
Kostenfreiheit für die Bundesagentur für Arbeit; hier: Gebühren für Abschriften und Ausdrucke insbesondere aus dem Handelsregister	815-10
Kosten	
Einziehung der Kosten des Erzwingungshaftverfahrens nach dem OWiG	828-6
Kosten	
Einziehung der Kosten bei rechtskräftiger Verurteilung nach dem Lebensmittel- und Arzneimittelrecht – zu KV Nr. 1913 GKG	828-5
Kostenerstattung bei Benutzung von Dienstkraftfahrzeugen in Rechtssachen	824-14
Kostenbefreiung nach § 64 Abs. 2 SGB X für gesetzliche Kranken- kassen und sonstige Sozialversicherungsträger bei der Erteilung von Abschriften aus Registern	815-6
Kostenfreiheit für Hochschulen und Universitätskliniken im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit	815-7
Kostenfreiheit für Hochschulen und Universitätskliniken im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit	815-7a
Kostenfreiheit für Universitäten Universitäten des Landes Baden-Württemberg	815-7b
Kostenfreiheit	
Erhebung von Schreibauslagen für die nach dem Gesetz zur Be- kämpfung der illegalen Beschäftigung zuständigen Behörden; hier: Kostenfreiheit	815-8

Kostenfreiheit für Hochschulen und Universitätskliniken im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit; hier: Kostenfreiheit der Tierkliniken	815-9
Kostenmitteilungen	
Behandlung der Kostenmitteilungen von Wirtschaftsfachkräften der StA	801-9
Kostenrechtliche Behandlung der Urinuntersuchungen von drogenabhängigen Probanden	828-12
Kostentragung bei vorläufigen Anordnungen über die Erziehung nach § 71 Abs. 2; § 72 Abs. 3 JGG	828-20
Kosten des Zwangsversteigerungsverfahrens; hier: Behandlung der nach § 118 ZVG zur Deckung der Verfahrenskosten auf die Staatskasse übertragenen Forderungen gegen den Ersteher	905
Kosten für Drogentests oder Leberwertuntersuchungen im Rahmen der Führungsaufsicht	824-13
Kostenverfügung (KostVfg) und Ergänzungsbestimmungen zur KostVfg (ErgKostVfg)	801
Kostenverteilung zwischen Polizei und Staatsanwaltschaften im Strafverfahren	824-2
Kriminaltechnische Gutachten	
Behandlung der Auslagen, die der Polizei in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren entstehen;	824-2
hier: Sachverständigenentschädigung für kriminaltechnische Gutachten von Angehörigen des Bayer. Landeskriminalamts	

L

Lebensmittelrecht	
Einziehung der Kosten bei rechtskräftiger Verurteilung nach dem Lebensmittel- und Arzneimittelrecht – zu KV Nr. 1913 GKG	828-5
Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG)	260
Leistungslaufbahngesetz (LlbG)	
Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen	132
Leitfaden der bayerischen Staatsanwaltschaften zur Asservatenbehandlung	320
Liegenschaftskataster	
Gemeinsame Bekanntmachung über die Übernahme von Veränderungen in der Lagebezeichnung von Straßenflurstücken in das Liegenschaftskataster und in das Grundbuch vom 30.9.1980	405

M

Mahnverfahren	
Verordnung zur Einführung von Vordrucken für das Mahnverfahren	101-8
Mitteilungen in Nachlasssachen an die die Testamentsverzeichnisse führenden Stellen und über den Inhalt der Testamentsverzeichnisse (Testamentsverzeichnisverordnung – TestVV)	630
Mitteilungen in Strafsachen	
Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra)	303
Mitteilungen in Strafsachen	
Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra); hier: Nr. 12a Abs. 2 MiStra	303-1
Mitteilungen in Strafsachen	
Erläuterung zur Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen; hier: Nr. 12a Abs. 2 MiStra	303-2
Mitteilungen in Strafsachen	
Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen; hier: Nr. 12a Abs. 2 MiStra	303-3
Mitteilungen in Strafsachen gegen Ausländer (Nr. 42 MiStra)	303-4
Mitteilungen in Zivilsachen	202
Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi)	202-1
Sondervorschriften für Bayern	
Mitteilung des Verfahrensausgangs an die Polizei nach Nr. 11 MiStra	303-6
Modulare Qualifizierung	
Konzept des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Regelung der modularen Qualifizierung in der Justiz (VV-QV-J)	138-1
Modulare Qualifizierung	
VO zur Regelung der Ausbildungsqualifizierung und der modularen Qualifizierung in der Justiz (Qualifizierungsverordnung Justiz – QV-J)	138

N

Nachlasssachen an die die Testamentsverzeichnisse führenden Stellen und über den Inhalt der Testamentsverzeichnisse (Testamentsverzeichnisverordnung – TestVV)	630
Nichtzulassung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln im Zivilprozess wegen verspäteten Vorbringens (§ 296 Abs. 1 ZPO)	201-1
Niederlegung von Schriftstücken bei Zustellungen nach § 182 ZPO	210

P

Partnerschaftsregister	
Einrichtung und Führung des Partnerschaftsregisters in Karteiform	721
Partnerschaftsregisterverordnung (PRV)	720
Personal- und Stellenverwaltungssystem DIAPERS.GX im Bayerischen Staatsministerium der Justiz sowie bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in dessen Geschäftsbereichen	160
Personenstandsgesetz	621
Pfändung	
Inanspruchnahme (Pfändung) von Geldern der Gefangenen für Gerichtskosten, Geldstrafen und justizfremde Forderungen	801-11
Polizeibeamte	
Zeugenentschädigung für Polizeibeamte	840-4
Postgebühren	
Entrichtung der Postentgelt (BayPostEntR)	108
Protokollaufzeichnungen	
Aufbewahrung und Löschung von Protokollaufzeichnungen mit Tonträgern in Rechtshilfesachen	211
Prozess- und Verfahrenskostenhilfe	
Durchführungsbestimmungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe und zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH)	807

Q

Qualifizierung	
Konzept des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Regelung der modularen Qualifizierung in der Justiz (VV-QV-J)	138-1

Qualifizierung	
VO zur Regelung der Ausbildungsqualifizierung und der modularen Qualifizierung in der Justiz (Qualifizierungsverordnung Justiz – QV-J)	138
R	
Rahmenvorschriften	
für die elektronische Aktenführung und das Übertragen und Vernichten von Papierdokumenten	182
Reiseentschädigung	
Gewährung von Reiseentschädigungen	808
Reiseentschädigung	
Gewährung von Reiseentschädigungen an mittellose Personen und von Vorschusszahlungen an Zeugen und Sachverständige in verwaltungsgerichtlichen Verfahren	808-2
Gewährung von Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschusszahlungen für Reiseentschädigungen an Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher, Übersetzer, ehrenamtliche Richter und Dritte; Anfall von Serviceentgelten der Deutschen Bahn AG beim Fahrkartenkauf; Erstattungspflicht des Kostenschuldners für die Serviceentgelte	808-1
Reisekosten bei Dienstreisen	
hier: Anhebung der Wegstreckenentschädigung des Art. 6 BayRKG	824-16
Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren	301
Richtlinien f. d. Strafverf. u. d. Bußgeldverf.	
Einführung und Ergänzung der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren	301-1
Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV); hier: Übersetzung von Urteilen gegen einen der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtigen Ausländer in eine ihm verständliche Sprache (Nr. 181 Abs. 2 RiStBV)	301-4
siehe auch	828-9a
Richtlinien zum Jugendgerichtsgesetz	302
Richtlinien für die Zusammenarbeit der bayerischen Justiz mit der Presse	101-12
S	
Sachverständige	
Gewährung von Reiseentschädigungen	808

Sachverständige	
Erstattung von Aufwendungen der Sachverständigen für Lichtbilder	840-1
Sicherheiten	
Hinterlegung von Sicherheiten in barem Geld gemäß §§ 127a, 132 StPO	828-3
Sicherstellung von Vermögensgegenständen	
Auslagen der Gerichtsvollzieher und der Polizei bei der Sicherstellung von Vermögensgegenständen im Rahmen der Gewinnabschöpfung	824-3
SOLUM-STAR;	
hier: Hinweise zur Anwendung von § 9 Buchst. a GBV	402-4
Sondervorschriften für Bayern	
hier: Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi)	202-1
Spruchkammerakten	
Aufbewahren der Spruchkammerakten	105-2

Sch

Schlichtungsstelle	
Errichtung einer Schlichtungsstelle in Zivilsachen	240
Schreibauslagen	
Erhebung von Schreibauslagen für die nach dem Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung zuständigen Behörden;	815-8
hier: Kostenfreiheit	
Schuldnerverzeichnis	
Eintragung inhaftierter Schuldner in das Schuldnerverzeichnis;	904
hier: Vollzug des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG)	
Schuldnerverzeichnis	
Bekanntmachung über die Ausführung des § 10 der Allgemeinen Vorschriften über die Erteilung und die Entnahme von Abschriften oder Auszügen aus den Schuldnerverzeichnissen	902
Schuldnerverzeichnis	
Bekanntmachung über die Erteilung und die Entnahme von Abschriften oder Auszügen aus den Schuldnerverzeichnissen	901

St

Steuererstattungsansprüche	
Aufrechnung mit Steuererstattungsansprüchen bei der Einziehung von Gerichtskosten und Geldstrafen (Geldbußen)	828-16

StP/OWi-Statistik	
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldverfahren	304
Strafvollstreckungsordnung	305
Strafvollstreckungsordnung	
– Ergänzende Bestimmungen zur StVollstrO	305-1
– Einforderungs- und Beitreibungsanordnung	305-2
Straßenbenennung	
Gemeinsame Bekanntmachung über die Eintragung der Änderung von Hausnummern und Straßenbenennungen im Grundbuch und im Kataster	402-1
Straßenflurstücke	
Gemeinsame Bekanntmachung über die Übernahme von Veränderungen in der Lagebezeichnung von Straßenflurstücken in das Liegenschaftskataster und in das Grundbuch vom 30.9.1980	405

T

Testamentsregister-Verordnung – ZTRV	
Verordnung zur Einrichtung und Führung des Zentralen Testamentsregisters	641
Testamentsverzeichnisverordnung – TestVV	
Verordnung zu Mitteilungen in Nachlasssachen an die die Testamentsverzeichnisse führenden Stellen und über den Inhalt der Testamentsverzeichnisse	630
Trinkerheilanstalt	
Bekanntmachung über die Erstattung der Kosten der Unterbringung von Personen in einer Heil- oder Pflegeanstalt, Trinkerheilanstalt oder Entziehungsanstalt aufgrund strafgerichtlicher Entscheidungen	823

U

Übersetzung von Urteilen in Strafverfahren mit Ausländern	828-9
Übersetzung	
Keine Übersetzung der Terminladung für ausländische Angeklagte und Zeugen in Straf- und OWi-Verfahren	828-15

Übersetzung

- Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV); 828-9a
 hier: Übersetzung von Urteilen gegen einen der deutschen Sprache
 nicht hinreichend mächtigen Ausländer in eine ihm verständliche
 Sprache (Nr. 181 Abs. 2 RiStBV)

- Überwachung der Verwendung von Gerichtskostenstemplern 802-1
 (Nr. 11 GK-Stempler-Best)

Unterbringungskosten

- Bekanntmachung über die Erstattung der Kosten der Unterbrin- 823
 gung von Personen in einer Heil- oder Pflegeanstalt, Trinkerheil-
 anstalt oder Entziehungsanstalt aufgrund strafgerichtlicher Ent-
 scheidungen

Unternehmensregister

- Verordnung über das Unternehmensregister (URV) 730

Urinuntersuchungen

- Kostenrechtliche Behandlung der Urinuntersuchungen von dro- 828-12
 genabhängigen Probanden

V

- Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenke durch 131
 die Bediensteten des Freistaates Bayern

- Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von 832
 Kosten

- Vereinbarung der Länder über die freizügige Verwendung von Gerichts- 802-5
 kostenmarken und Abdrucken von Gerichtskostenstemplern

Vereinsregister

- Bestimmung über das Vereins- u. Güterrechtsregister 715

- Vereinsregisterverordnung (VRV) 717

Verfahrenserhebung in Familiensachen

- Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten 204
 in Familiensachen (F-Statistik)

Verfahrenserhebung bei Staats- und Anwaltschaften

- Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten bei den 306
 Staats- und Anwaltschaften (StA-Statistik)

Verfahrenserhebung in Straf- und Bußgeldverfahren

- Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Straf- 304
 und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik)

Verfahrenserhebung in Zivilsachen	
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik)	203
Vermögensverwaltung	
Kontrolle der Vermögensverwaltung in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	510
Veröffentlichung gerichtlicher Bekanntmachungen (VögerBek)	181
Vernichtung von Akten	
Bek über Aussetzung der Vernichtung von Akten	105-1
Vernichten von Papierdokumenten	
Rahmenvorschriften für die elektronische Aktenführung und das Übertragen und Vernichten von Papierdokumenten	182
Verordnung über das Genossenschaftsregister	710
Verordnung über das Unternehmensregister (Unternehmensregisterverordnung – URV)	730
Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr und elektronische Verfahren (E-Rechtsverkehrsverordnung – ERVV)	180
Verordnung über den Zahlungsverkehr im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Finanzgerichtsbarkeit (Zahlungsverkehrsverordnung Justiz/Finanz – ZahlVJuFin)	870
Verordnung über die Arbeitszeit für den bayerischen öffentlichen Dienst v. 25. Juli 1995	110
Verordnung über die Aufbewahrung von Schriftgut der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden (Aufbewahrungsverordnung – AufbewV)	104
Verordnung über die Einrichtung und Führung des Partnerschaftsregisters (Partnerschaftsregisterverordnung – PRV)	720
Verordnung über die Geschäftsstellen der Gerichte und der Staatsanwaltschaften (GeschStV)	103
Verordnung über die grundbuchmäßige Behandlung von Bergwerkseigentum und von Fischereirechten	407
Verordnung über Gebühren und Auslagen für die Verwahrung von Fahrzeugen durch die Polizei (Gebührenordnung zur Fahrzeugverwahrung – FVGebO)	824-5
Verordnung über Gebühren in Handels-, Partnerschafts- und Genossenschaftsregistersachen (Handelsregistergebührenverordnung - HRegGebV)	704

Verordnung über Grundpfandrechte in ausländischer Währung und in Euro	401
Verordnung zu Mitteilungen in Nachlasssachen an die die Testamentsverzeichnisse führenden Stellen und über den Inhalt der Testamentsverzeichnisse (Testamentsverzeichnisverordnung – TestVV)	630
Verordnung zur Aufhebung von Richtervorbehalten (AufhRiVbV)	650
Verordnung zur Durchführung der Grundbuchordnung (Grundbuchverfügung – GBV)	402
Verordnung zur Einführung von Vordrucken für das Mahnverfahren	101-8
Verordnung zur Einführung von Vordrucken für die Zustellung im gerichtlichen Verfahren (Zustellungsvordruckverordnung – ZustVV)	101-3
Verordnung zur Einrichtung und Führung des Zentralen Testamentsregisters (Testamentsregister-Verordnung – ZTRV)	641
Versorgungsausgleichsangelegenheiten Kosten für Ablichtungen von Auskünften in Versorgungsausgleichsangelegenheiten	815-3
Verwertung unbefristet niedergeschlagener oder niederzuschlagender Gerichtskostenforderungen	801-10
Verwertung und Vernichtung sichergestellter oder beschlagnahmter oder eingezogener explosionsgefährlicher Stoffe	105-3
Vollstreckungshilfeverkehr mit dem Ausland; hier: Kosten der Überstellung; Gz. 5563 - VI - 10732/02; 24. April 2007	821-5
Vollstreckungshilfeverkehr mit dem Ausland; hier: Kosten der Überstellung; Gz. 5563 - VI - 10732/02	821-5a
Vollstreckungsregister Führung des Vollstreckungsregisters	101-7
Vollzug der Bayerischen Gnadenordnung	101-4
Vollzug der Grundbuchvorschriften	402-3
Vollzug des Bayer. Datenschutzgesetzes (BayDSG); hier: Versendung von Abgabennachrichten	102-1
Vordrucke Bereithaltung und Abgabe von Mahnbescheidsvordrucken	101-9
Vordrucke Verordnung zur Einführung von Vordrucken für das Mahnverfahren	101-8

Vorschusszahlung	
Gewährung von Reiseentschädigungen	808
VO über die gerichtl. Zuständigkeiten im Bereich des Staatsministeriums der Justiz (Gerichtliche ZuständigkeitsVO Justiz-GZVJu)	115
VV-Beamtr – Auszug – hier:	
Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenke durch die Bediensteten des Freistaates Bayern	131
VV zu Art. 34 BayHO	850
– Anordnungsbefugnis	
– Auszahlung von Kleinbeträgen	
– HÜL für Einnahmen	
– HÜL für Ausgaben	
VV zu Art. 59 BayHO	851
– Stundung	
– Niederschlagung	
– Einziehung von Kleinbeträgen	
VV zu Art. 61 BayHO – Interne Verrechnungen zwischen Dienststellen des Staates	852
VV zu Art. 70 BayHO	853
– Kassenanordnungen	
– Zahlungsanordnungen	
– Zahlungsanzeigen	
– Umbuchung von Gebühren u. Strafen	

W

Wert- und Einschreibesendungen	
Bekanntmachung über die Annahme von Bareinzahlungen sowie Annahme und Nachweis von Geld-, Wert- und Einschreibesendungen	865
Wirtschaftsfachkräfte	
Behandlung der Kostenmitteilungen von Wirtschaftsfachkräften der StA	801-9
Wohnungseigentumssachen	
Bekanntmachung betreffend Verfügung über die grundbuchmäßige Behandlung der Wohnungseigentumssachen	404

Z

Zahlstellen der bayerischen Justizverwaltung (Zahlstellenergänzungsbestimmungen – ZErgBest)	853-3
Zahlstellen der bayerischen Justizverwaltung (Zahlstellenergänzungsbestimmungen – ZErgBest)	853-4
hier: Annahme von durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte verwahrten Geldbeträgen zur Ablieferung an die Landesjustizkasse Bamberg	
Zahlungsverkehrsverordnung Justiz/Finanz (ZahlVJuFin)	870
Zahlungsverkehr	
Zulassung des EC-Karten-Verfahrens	870-1
Zeugen	
Gewährung von Reiseentschädigungen	808
Zeugen	
Zeugenentschädigung für Polizeibeamte	840-4
Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Justizfachwirte (ZAPO/JFW)	150
Zuständigkeiten und Verfahren für Bewilligung von Zahlungserleichterungen in EDV-Geldstrafenvollstreckung	828-11
Zuständigkeitsverordnung	115
Zustellung	
Niederlegung von Schriftstücken bei Zustellungen nach § 182 ZPO	210
Zustellung	
Zustellung von Schriftstücken an Diplomaten oder andere von der inländischen Gerichtsbarkeit befreite Personen	301-3
Zustellung	
Bekanntmachung über das Zustellungswesen in den Justizvollzugsanstalten	307-1
Zustellung	
Verfahren nach der Zustellung von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen oder Pfändungsbenachrichtigungen	903
Zustellung	
Verfahren nach der Zustellung von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen oder Pfändungsbenachrichtigungen	903-1

Zustellungen, Ladungen, Vorführungen und Zwangsvollstreckungen in der Bundeswehr	111
Zustellungen und formlose Mitteilungen im Strafverfahren und im ge- richtlichen Bußgeldverfahren sowie das Zustellungsverfahren in Justizvollzugsanstalten (ZuMSt)	307
Zwangsvollstreckungsverfahren Geschäftsanweisung für die Geschäftsstellen der Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzverfahren (GAbRZwIns)	201

3003.1–J

Behandlung der in amtliche Verwahrung genommenen Gegenstände (Verwahrungsbekanntmachung – VerwahrBek)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz

vom 13. Januar 2010 Az.: 1463 - VI - 12710/09 (JMBl S. 5),

1. Allgemeine Bestimmungen

- 1.1 Die Entscheidung, ob und in welcher Weise Gegenstände und Geldbeträge in amtliche Verwahrung zu nehmen sind, ist jeweils unverzüglich zu treffen und umzusetzen.
- 1.2 Werden Gegenstände in amtliche Verwahrung genommen, so ist darauf zu achten, dass sie vor Verlust, Verderb oder Beschädigung geschützt und mit entsprechender Sorgfalt aufbewahrt werden.
- 1.3 ¹Die für die Aufbewahrung bedeutsamen Umstände (z. B. Einlieferung, Einziehung, Rückgabe) sind auf der Innenseite des Umschlags der Akten, zu denen die Gegenstände gehören, oder auf einem Vorblatt zu vermerken. ²Auf Urkunden ist ferner mit Bleistift das Aktenzeichen anzubringen.
- 1.4 ¹Die Weitergabe eines Gegenstandes ist aktenkundig zu machen. ²Gegenstände, die im Falle des Verlustes nur mit Schwierigkeiten oder erheblichen Kosten ersetzt werden können, sind bei zeitweiliger Weggabe der Akten aus den Geschäftsräumen der Behörde zurückzubehalten, sofern die Beifügung nicht ausdrücklich angeordnet ist.
- 1.5 Geht ein Gegenstand verloren oder wird er beschädigt, so ist dies unverzüglich dem Behördenleiter anzuzeigen.

2. Arten der Aufbewahrung

- 2.1 Die Gegenstände sind grundsätzlich in die einfache Aufbewahrung (Nr. 3) zu nehmen.
- 2.2 ¹Geld, Kostbarkeiten (VV Nr. 54.1.4 zu Art. 70 BayHO), Edelmetalle, Wertpapiere und sonstige Gegenstände von besonderem Wert sind besonders gesichert aufzubewahren (Nrn. 4 und 5). ²Der Behördenleiter kann für

107 VerwahrBek

Seite 2

besondere Fälle (z. B. für zu Verfahrensakten eingereichte Wechsel und Schecks) abweichende allgemeine Anordnungen treffen.

- 2.3 Im Zweifel entscheidet der Sachbearbeiter, welche Aufbewahrungsart in Betracht kommt.

3. Einfache Aufbewahrung

- 3.1 ¹Die einfache Aufbewahrung obliegt der Geschäftsstelle. ²Sie hat hierbei die allgemeinen Anordnungen des Behördenleiters und etwaige besondere Anordnungen des Sachbearbeiters zu beachten.
- 3.2 Bei Gegenständen, die außerhalb der Akten aufbewahrt werden, ist das Aktenzeichen zu vermerken.

4. Besonders gesicherte Aufbewahrung durch die Geschäftsstelle

- 4.1 ¹Die aufzubewahrenden Gegenstände sind unter sicherem Verschluss zu halten. ²Stehen der Geschäftsstelle ausreichend sichere Aufbewahrungsmöglichkeiten (z. B. Stahlschrank, Tresor) zur Verfügung, so führt sie vorbehaltlich der Regelung in Nr. 4.2 die Aufbewahrung selbst durch. ³Das Nähere regelt der Behördenleiter. ⁴Er bestimmt den für die Aufbewahrung zuständigen Bediensteten.
- 4.2 ¹Geldbeträge sind an die Landesjustizkasse Bamberg abzuliefern (Nr. 5). ²Dies gilt nicht für Geldscheine und Münzen, die in den eingelieferten Stücken erhalten bleiben sollen und deren besonders gesicherte Aufbewahrung bei der Geschäftsstelle gewährleistet ist (Nr. 2.2, 4.1, 5.1). ³Nr. 6.3 bleibt unberührt. ⁴Können Geldscheine und Münzen, die in den eingelieferten Stücken erhalten bleiben sollen, nicht bei der Geschäftsstelle oder der Landesjustizkasse Bamberg verwahrt werden, so kann das Gericht oder die Staatsanwaltschaft die Geldbeträge aufgrund eines entsprechenden Vertrages unmittelbar in einem Schließfach oder Tresorfach bei dem das Konto der zuständigen Zahlstelle oder der Landesjustizkasse Bamberg führenden Kreditinstitut verwahren.
- 4.3 ¹Die Annahme zur Aufbewahrung (auch eine erneute Aufbewahrung nach einer zwischenzeitlichen Herausgabe) und die Herausgabe sind vom Sachbearbeiter schriftlich anzuordnen. ²Die Annahmeanordnung und die Herausgabeanordnung verbleiben mit den Belegen über die Herausgabe (Quittungen, Postnachweise) bei dem für die Aufbewahrung zuständigen Bediensteten, der zu den Akten Vollzugsanzeige erstattet.

- 4.4 ¹Sofern die Aufbewahrungsverwaltung nicht in elektronischer Form erfolgt, hat der für die Aufbewahrung zuständige Bedienstete über die ihm übergebenen Gegenstände eine Aufbewahrungsliste im Anhalt an den Vordruck AVR 31 zu führen. ²In der Liste darf nichts radiert oder sonst unleserlich gemacht werden. ³Soweit erforderlich, kann zu der Liste ein Namenverzeichnis geführt werden.
- 4.5 ¹Wird ein Gegenstand vorübergehend an einen Behördenangehörigen herausgegeben, so ist die mit der Empfangsbescheinigung versehene Herausgabeanordnung an Stelle des herausgegebenen Gegenstandes aufzubewahren und gegen Rückgabe des Gegenstandes wieder auszuhändigen. ²Der Zeitpunkt der Herausgabe und der Rückgabe des Gegenstandes, der Empfänger und der Anlass der Herausgabe sind in Spalte 8 der gemäß Nr. 4.4 gegebenenfalls zu führenden Aufbewahrungsliste bzw. elektronisch zu vermerken.
- 4.6 Für die Prüfung der Aufbewahrungsliste gilt § 9 Abs. 5 AktO entsprechend.

5. **Besonders gesicherte Aufbewahrung durch die Landesjustizkasse Bamberg**

- 5.1 ¹Hat die Geschäftsstelle keine ausreichend sicheren Aufbewahrungsmöglichkeiten, so obliegt die Aufbewahrung der Landesjustizkasse Bamberg, die sie als Verwahrung nach den Kassenbestimmungen (vgl. insbesondere Nr. 1.1.3.2 ZErgBest, VV Nrn. 37, 55 bis 57 zu Art. 70, VV Nrn. 11 und 28 zu Art. 71 BayHO) zu behandeln hat; Nr. 4.2 Satz 4 bleibt unberührt. ²Sollen Geldbeträge in den eingelieferten Stücken erhalten bleiben, so ist dies besonders anzuordnen; sie sind als Wertgegenstände zu behandeln.
- 5.2 ¹Zur Annahme von Einzahlungen oder Leistung von Auszahlungen sowie zur Annahme oder Auslieferung von Wertgegenständen sind der Landesjustizkasse Bamberg schriftliche Anordnungen in doppelter Fertigung unter Beachtung der Kassenbestimmungen (vgl. insbesondere VV Nr. 2 zu Art. 70 BayHO, Nr. 5.3 EDV-Bestimmungen-Kasse – EDVBK) zu erteilen. ²VV Nr. 46.3 Satz 1 zu Art. 70 BayHO ist nicht anzuwenden.
- 5.3 ¹Im Übrigen gelten Nrn. 4.3 und 4.4 entsprechend. ²Die Landesjustizkasse Bamberg zeigt den Vollzug auf dem Zweitstück der Kassenanordnung an. ³Die Vollzugsanzeige ist zu den Sachakten zu nehmen.

6. Rückgabe

- 6.1 ¹Spätestens nach Erledigung einer Sache (§ 7 AktO) ist von Amts wegen zu prüfen, ob in amtliche Verwahrung gelangte Gegenstände zurückzugeben sind. ²Über die Rückgabe entscheidet der Sachbearbeiter, dem auch die Überwachung der ordnungsgemäßen Ausführung seiner Anordnung obliegt.
- 6.2 ¹Vor dem Vollzug einer Herausgabeanordnung hat der für die Aufbewahrung zuständige Bedienstete in geeigneter Weise zu prüfen, ob aufrechenbare Gegenansprüche bestehen oder im Hinblick auf bestehende Ansprüche der Staatskasse ein Zurückbehaltungsrecht geltend gemacht werden kann. ²Bei Auszahlungen über die Landesjustizkasse Bamberg erfolgt die Prüfung nach Satz 1 durch diese.
- 6.3 ¹Geldbeträge, die in den eingelieferten Stücken ausnahmsweise bei der Geschäftsstelle aufbewahrt werden (Nr. 4.2 Satz 2), sind nach Erledigung einer Sache (Nr. 6.1) unverzüglich an die örtliche Zahlstelle abzuliefern, die sie unverzüglich an die Landesjustizkasse Bamberg weiterleitet. ²Die Auszahlung erfolgt unbar über die Landesjustizkasse Bamberg, der hierfür eine Kassenanordnung zu erteilen ist.
- 6.4 In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in Zwangsvollstreckungssachen sowie in Insolvenzverfahren richtet sich die Rückgabe eingereichter Unterlagen nach den Vorschriften der Geschäftsanweisung für die Geschäftsstellen der Gerichte in Zivilsachen in der jeweils gültigen Fassung.
- 6.5 ¹Ist der Empfangsberechtigte oder sein Aufenthalt nicht zu ermitteln, so findet, wenn die Herausgabepflicht nicht auf Vertrag beruht, § 983 BGB Anwendung. ²Beruht die Herausgabepflicht auf Vertrag, so ist, wenn eine Rückgabe aus den in § 372 BGB aufgeführten Gründen nicht möglich ist, nach den §§ 372 ff. BGB zu verfahren.

7. Sonstige Vorschriften

Soweit im Übrigen die Behandlung von in amtliche Verwahrung genommenen Gegenständen für bestimmte Fälle durch besondere Vorschriften geregelt ist, bleiben diese unberührt.

8. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- 8.1 Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Februar 2010 in Kraft.